

frei.hessen



MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN

Was

wirklich

zählt.

Mehr Parlament wagen

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

Ende 2020 ist unser Land ein anderes als zu Beginn des Jahres. Die Corona-Pandemie hat Hessen, Deutschland und die ganze Welt vor nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Und gleichzeitig ist es nie offensichtlicher gewesen als heute: In unserer Gesellschaft kommt es auf jeden Einzelnen an. Die Bewältigung der Corona-Krise werden wir nur gemeinsam schaffen. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, die Freiheit unserer Gesellschaft zu wahren. Freiheit, Verantwortung und Solidarität bedingen sich gegenseitig. Keine dieser Kategorien kann in einer Gesellschaft alleine stehen.

Mehr Chancen durch mehr Freiheit! Diese Überzeugung treibt uns Freie Demokraten an – jetzt noch mehr denn je. Zum Jahresanfang haben wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag 2020 als Auftakt zum Jahrzehnt der Chancen ausgerufen. Um die Chancen unserer Gesellschaft zu realisieren, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern mutige, vernünftige und wirksame Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit anbieten.

Das Jahr 2020 war auch ein Jahr des Protests – ob gegen Corona-Maßnahmen oder den Ausbau der Autobahn 49. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein Grundrecht,



welches insbesondere in Krisenzeiten gewahrt werden muss, auch wenn man die proklamierte Meinung nicht teilt. Demonstrationen sind ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir in einer freien und offenen Gesellschaft leben und dass unsere Demokratie funktioniert.

Die Legitimation freiheitseinschränkender Maßnahmen durch das Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger ist zwingend notwendig. Es ist Aufgabe der Politik, ihre Entscheidungen transparenter zu machen. Aus diesem Grund haben wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag uns für eine stärkere Beteiligung des Parlaments bei der Verordnung von infektionsschützenden Maßnahmen eingesetzt. Und genau dafür wollen wir auch in Zukunft auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werben. Damit das Jahr 2021 am Ende ein anderes sein wird als zu Beginn.

IHR

RENÉ ROCK
VORSITZENDER DER FRAKTION DER FREIEN
DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG



facebook.com/fdphlt



instagram.com/fdp_hlt



twitter.com/fdp_hlt



fdp-fraktion-hessen.de



**Sie können frei.hessen
auch online lesen:**
fdp-hessen.de/frei-hessen



© iStock.com/Thomas-Saellner

4

Schwerpunkt

4 Wer Infrastruktur sät, wird Wohlstand ernten

Titelthema

7 Kein Blankoscheck für Bouffier

Fokus

10 Kommunalwahl 2021

Interview mit Ahmad Mansour

12 Einstellungen sind nicht immer sichtbar

Meldungen

14 Persönliches

12



© Heike Steinweg

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

REDAKTION

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611 350-576, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Michael Brückmann (V.i.S.d.P.), Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-15, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | FDP Landesverband Hessen | Heike Steinweg | Martin Kraft | Hermann Otto Solms | Privat | Alisa Koch | Matthias Knapp | FDP Marburg-Biedenkopf

Wer Infrastruktur sät, wird Wohlstand ernten

Der Lückenschluss der A 49 muss endlich vollzogen werden

„Wer Infrastruktur sät, wird Wohlstand ernten“: Dr. Stefan Naas, verkehrs- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, wählt diesen Satz immer wieder, wenn er über die Bedeutung des Lückenschlusses zwischen Stadtallendorf und Gemünden/Felda spricht. Diesen braucht die Autobahn 49 dringend, um Kassel und Gießen miteinander zu verbinden. Der Lückenschluss ist ein Projekt, für das sich die Freien Demokraten seit langem einsetzen und mit dessen nun anstehender Umsetzung sie große Erwartungen verbinden.

„Wir sind überzeugt, dass ein gutes Straßennetz im Allgemeinen und Autobahnnetz im Besonderen Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort ist. Man denke nur daran, dass Unternehmen auf Standortsuche auch auf die verkehrliche Erschließung achten. Kommunen, die Gewerbegebiete ausweisen, sind im Vorteil, wenn der nächste Autobahnanschluss nicht weit ist. Siedeln sich Firmen an, bringt das Arbeitsplätze in die Region“, erklärt Naas.

Sein Fraktionskollege Dr. Matthias Büger kennt als mittelhessischer Abgeordneter die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger in der Region. „Viele Anwohner sehen den Lückenschluss herbei. Lastwagen und Autos schlängeln sich durch die Ortschaften, deren Straßen für die Verkehrsmengen gar nicht ausgelegt sind. In der Folge wird die Lebensqualität der Menschen massiv beeinträchtigt, sie leiden unter dem Lärm“, sagt Büger. Die Interessen derjenigen, die auf die Autobahn hoffen, hat auch Wiebke Knell im Blick, die als nordhessische Landtagsabgeordnete die Belange des ländlichen Raums vertritt. „Wir müssen, gerade in Zeiten der Landflucht, auch dem Mobilitätsbedürfnis der Bewohner des ländlichen Raumes Rechnung tragen und ihnen eine gute Anbindung an Marburg, Gießen und Kassel ermöglichen. Vor allem abseits der großen Städte lassen sich nicht alle Strecken mit vertretbarem Zeitaufwand mit dem ÖPNV oder gar dem Fahrrad zurücklegen“, sagt Knell.

Doch alle Sach-Argumente für den Autobahnbau werden von Umweltschützern und dem linken politischen Lager ignoriert: Seit Monaten protestieren Demonstranten gegen das wichtige Infrastrukturprojekt und die dafür erforderliche Rodung des Waldes. „Wir dürfen uns aber nicht symbolpolitisch verkämpfen. Als umwelt- und forstpolitische Sprecherin liegt auch mir der Wald am Herzen“, betont Wiebke Knell. „Zur Wahrheit gehört aber auch, dass für jede Rodung Aufforstungen an anderer Stelle vorgenommen werden müssen. Die Maßnahmen, von denen schon ein Großteil umgesetzt wurde, sind bereits mit dem Planfeststellungsbeschluss geregelt.“ Dabei handelt es sich übrigens um jenen Planfeststellungsbeschluss, den Dieter Posch 2012 als hessischer Verkehrsminister unterschrieben und damit den Lückenschluss besiegelt hat. Er hat sich unermüdlich für den Autobahnausbau engagiert und ist auch heute dabei, wenn die Freien Demokraten in Mittelhessen Flagge zeigen.

Mehrfach haben Mitglieder von Partei und Fraktion in den zurückliegenden Wochen und Monaten die Region besucht und die Befürworter des Ausbaus unterstützt. Die Freien Demokraten haben deutlich gemacht, dass sie zu ihrem Wort stehen und nun eine schnelle Realisierung des Baus fordern, während Grünen-Verkehrsminister Tarek Al-Wazir den Bau zwar pflichtgemäß umsetzen will, ihn aber eigentlich ablehnt. Ein Verkehrsminister, der keine Straßen bauen will – das ist nach Ansicht der Freien Demokraten so wie eine Schneiderin, die keine Kleider nähen möchte.

Die liberalen Politikerinnen und Politiker haben auch das Gespräch mit Ausbau-Kritikern wie einer Gruppe von „Fridays for Future“ nicht gescheut. „Auch die Gegner müssen einsehen, dass am Rechtsstaat kein Weg vorbeiführt. Der Lückenschluss hat ein mehrstufiges, jahrelanges Verfahren durchlaufen. Der Deutsche Bundestag als höchster Souverän hat das Projekt beschlossen und damit Baurecht geschaffen, und die konkrete Planung



Vertreter der FDP Schwalm-Eder pflanzen im Juni 2017 beim „Liberalen Spatenstich“ symbolisch einen Apfelbaum



Wiebke Knell, Dr. Stefan Naas und Dieter Posch, Staatsminister a. D., im Oktober 2020 am Apfelbaum



Dr. Matthias Büger, Wiebke Knell, Dr. Stefan Naas bei Demonstrationen für den Weiterbau der A49 in Stadtallendorf, Borken und Schlierbach



Dr. Stefan Naas im Austausch mit Vertretern von Fridays for Future im Dannenröder Forst

© Fraktion der Freien Demokraten
im Hessischen Landtag



© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Stefan Müller als parlamentarischer Beobachter der Rodungsarbeiten im Dannenröder Forst

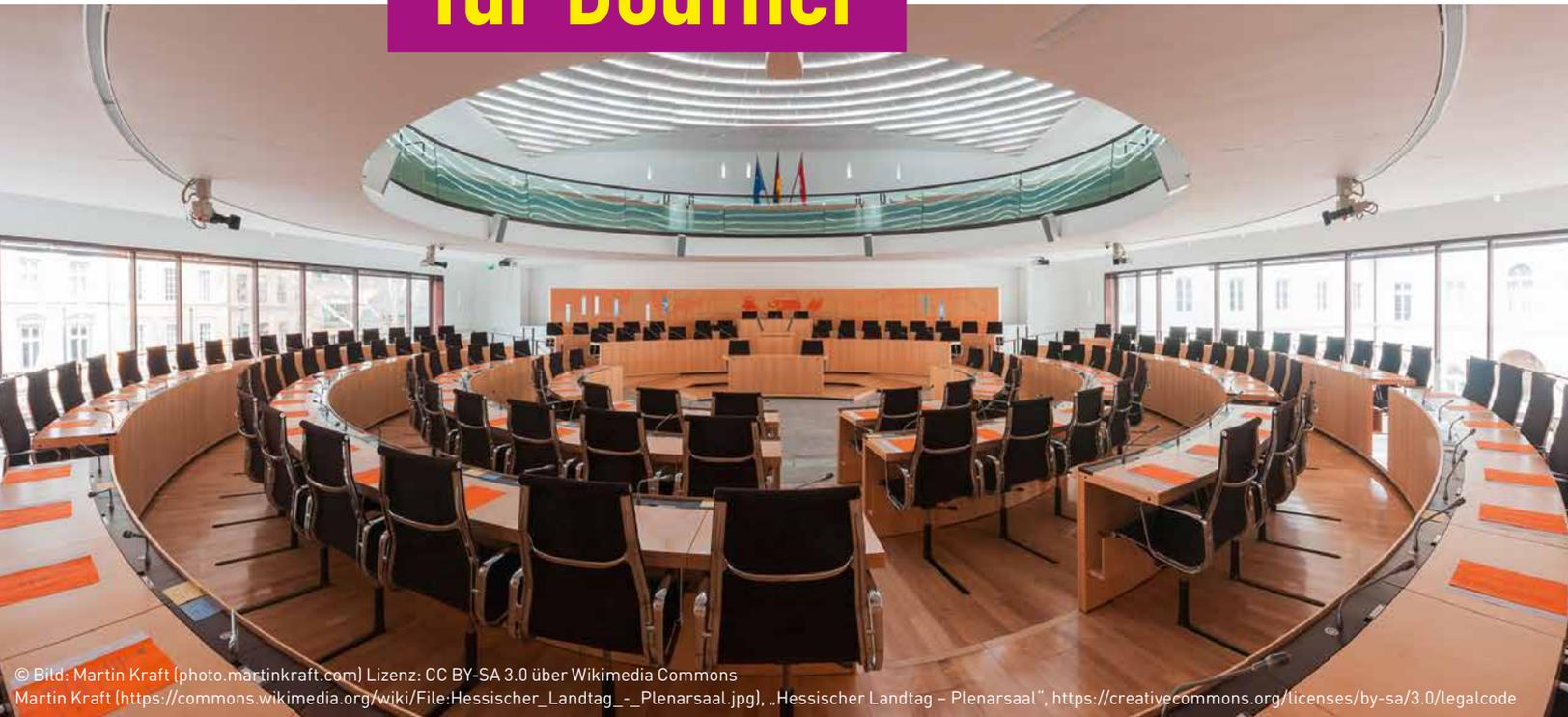
wurde vom höchsten deutschen Verwaltungsgericht bestätigt. Mehr geht nicht. Würde jetzt wieder nicht gebaut, wäre das niemandem zu vermitteln, der sich auf rechtsstaatliches Vorgehen und Zusagen der Politik verlässt“, meint Verkehrspolitikler Naas.

Friedlicher Protest ist legitim und vom Demonstrationsrecht gedeckt – dazu stehen auch die Freien Demokraten. Doch der Dannenröder Forst ist aus ihrer Sicht längst Symbol für eine Form des Protests geworden, die mit freier Meinungsäußerung nichts mehr zu tun hat. „Wenn sogenannte Aktivisten den Wald besetzen, Polizistinnen und Polizisten mit Fäkalien und Steinen bewerfen sowie mit Pyrotechnik angreifen, dann ist das schlichtweg kriminell. Das sind Straftaten, und diese dürfen wir nicht hinnehmen“, sagt Stefan Müller, innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. Er hat die Einsatzkräfte im Wald besucht, um sich ein Bild von der Lage zu machen. „Die Beamtinnen und Beamten arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Für ihre Leistung sollten wir ihnen

Respekt zollen“, sagt Müller. Es gehe um Sicherheit, aber auch um Geschwindigkeit: Die Rodungen müssen zügig abgeschlossen werden, damit die eigentlichen Bauarbeiten folgen können.

Die sogenannten Aktivisten haben auch vor Abseilaktionen von Autobahnbrücken nicht Halt gemacht. In einem Fall haben sie den Berufsverkehr im Rhein-Main-Gebiet lahmgelegt, im anderen Fall kam es nach der Aktion zu einem Auffahrunfall, bei dem ein Autofahrer schwer verletzt wurde. „Abseilaktionen können ein gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr sein, denn hier werden Menschenleben gefährdet“, erklärt Müller. „Wir Freie Demokraten benennen das deutlich. Eine solch klare Distanzierung und Verurteilung von Straftaten erwarten wir auch von den Grünen, die sich im Koalitionsvertrag mit der CDU zum Lückenschluss bekannt haben.“

Kein Blankoscheck für Bouffier



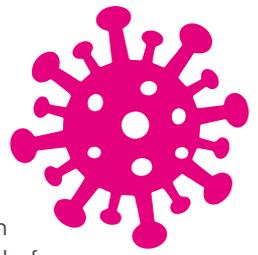
© Bild: Martin Kraft (photo.martinkraft.com) Lizenz: CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons
 Martin Kraft (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hessischer_Landtag_-_Plenarsaal.jpg), „Hessischer Landtag – Plenarsaal“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

In der Corona-Krise trifft die hessische Landesregierung Entscheidungen oft eigenmächtig. Das Parlament wird außen vor gelassen. Die Oppositionsfraktionen im Hessischen Landtag haben sich zum Ziel gesetzt, das „Durchregieren“ von Schwarz-Grün zu beenden. Immerhin ist die Bekämpfung einer Pandemie keine Aufgabe, die im Alleingang bewältigt werden kann.

Es ist ein Szenario, wie es sich seit März 2020 mehrfach ereignet hat: Die von der Staatskanzlei angekündigte Pressekonferenz, in der der Ministerpräsident über die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz informieren will, verschiebt sich – „abhängig von der Dauer der Beratungen“, heißt es immer wieder. Sind diese dann zu Ende, tritt Volker Bouffier vor die Öffentlichkeit und erklärt den hessischen Bürgerinnen und Bürgern ihren neuen Alltag: wo sie fortan eine Maske tragen müssen, wie viele Freunde sie treffen können, ob das im Restaurant möglich ist oder nicht, ob sie ihrem Beruf

weiter nachgehen dürfen und ob Schulen und Kitas geöffnet bleiben oder die Kinder zu Hause betreut und möglicherweise sogar unterrichtet werden müssen.

Die Entscheidungen, auf die sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder in ihren mehrstündigen Videokonferenzen einigen, sind meist einschneidend – so einschneidend, dass sie das Leben der Menschen nicht nur von einem auf den anderen Tag verändern, sondern dass damit auch massiv in ihre Grundrechte eingegriffen wird. „Während die Menschen in unserem Land die Entscheidungen der Politik weitestgehend unterstützen, bleibt die Politik den Menschen im Gegenzug noch immer vieles schuldig – von Erklärungen bis hin zu Entschädigungen“, sagt René Rock in der Rückschau auf das Jahr 2020. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag sieht das Vorgehen der Regierung in der Corona-Krise zunehmend kritisch.



Die Fraktionsvorsitzenden von FDP und SPD, René Rock und Nancy Faeser, mit dem Verfahrensbevollmächtigten Prof. Dr. Christoph Gröpl vor dem Staatsgerichtshof des Landes Hessen

SCHATTENHAUSHALT STATT SCHULDENBREMSE

Es waren nur noch wenige Wochen bis zur parlamentarischen Sommerpause, als der hessische Finanzminister die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen über seinen Plan informierte, ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden Euro auflegen zu wollen. Aus diesem Topf wolle er die zusätzlichen finanziellen Belastungen, die sich durch die Corona-Krise ergeben würden, leisten, erklärte Michael Boddenberg an einem Donnerstag Ende Mai 2020 im Finanzministerium in Wiesbaden. René Rock konnte dieser Idee nichts abgewinnen. Wie er es drehte und wendete, er konnte einfach keinen Vorteil erkennen, den ein solches Sondervermögen gegenüber den vom Gesetz vorgesehenen Nachtragshaushalten haben sollte. Zudem beabsichtigte die Landesregierung offenbar auch, die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse gleich für mehrere Jahre außer Kraft zu setzen. In einem späteren Telefonat teilte er seiner SPD-Kollegin Nancy Faeser seine Bedenken mit. Die beiden waren sich schnell einig, das Vorhaben der Landesregierung nicht unterstützen zu wollen, sondern coronabedingte Hilfen mit Nachtragshaushalten zu finanzieren.

Mit ihrer Kritik an den Plänen der Landesregierung waren die Oppositionsfraktionen nicht alleine. Auch der Landesrechnungshof äußerte sich in einer Stellungnahme zum sogenannten „Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz“ kritisch und merkte an, dass durch die Bildung eines Sondervermögens die Budgethoheit des Parlaments verletzt werde. Doch allen Hinweisen zum Trotz hielt die schwarz-grüne Landesregierung an ihren Absichten fest. In mehreren Sondersitzungen des Landtags änderte sie mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit zuerst das Gesetz zur Schuldenbremse und die darin vorgesehene erforderliche Zustimmung, um an einem sonnigen Samstag, es war der 4. Juli 2020, den mit Schulden finanzierten Schattenhaushalt zu verabschieden.

Mit dem Sondervermögen habe Schwarz-Grün die Schuldenbremse für die Dauer von drei Jahren faktisch aufgehoben, konnte man Rocks Kritik am darauffolgenden Montag in den Zeitungen nachlesen. Insbesondere ärgerte sich der Fraktionsvorsitzende aber über den Katalog der zu finanzierenden Maßnahmen, den die Landesregierung im Nachgang bekannt gab. Demnach sollten aus dem Corona-Sondervermögen Gelder freigegeben werden, mit denen unter anderem die Dämmung von Forsthäusern oder Fahrrad-Garagen bezahlt werden sollten. Was bitte hatte das mit der Bewältigung der Corona-Krise zu tun, fragte sich Rock. Zusammen mit der SPD beauftragte seine Fraktion schließlich einen Gutachter, um die rechtlichen Möglichkeiten der Opposition gegen das von CDU und Grünen beschlossene Gesetz zu prüfen.

GUTACHTEN BESTÄTIGT VERFASSUNGSWIDRIGKEIT

Auf knapp 70 Seiten kommt Professor Christoph Gröpl zu dem Schluss, dass die Errichtung und die Ausgestaltung des schwarz-grünen Sondervermögens in der vorliegenden Form verfassungswidrig seien. Für die Landesregierung sei die Corona-Krise Anlass, Schulden aufzunehmen, die mit der Pandemie gar nichts zu tun hätten, bilanziert der Verfassungsrechtler aus Saarbrücken. „Indem das Sondervermögen über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren am hessischen Kernhaushalt vorbei Ausgaben leisten darf, wird das Plenum des Hessischen Landtags unzulässigerweise von der jährlichen Bewilligung und Kontrolle dieser Finanzmittel ausgeschlossen“, heißt es außerdem in dem Ende September 2020 vorgelegten Gutachten. René Rock war erleichtert, darin auch lesen zu können, dass die Aufhebung der Zwei-Drittel-Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit hätte erfolgen müssen. „Die Landesregierung hat die Schuldenbremse in dem Jahr, in dem sie in Kraft treten sollte, de facto abgeschafft. Dabei igno-

riert sie, dass Schulden die verbrauchten Chancen der jungen Generation sind und daher besonders gut begründet werden müssen“, sagte der Vater einer Tochter im Rahmen der Pressekonferenz, auf der das Gutachten vorgestellt wurde. Damit sah er seine Kritik am hessischen Sondervermögen in gleich mehreren Punkten bestätigt: Es werden Dinge finanziert, die nicht unmittelbar mit der Corona-Pandemie zusammenhängen. Und die Rechte des Parlaments werden massiv beschnitten.

RECHTE DES PARLAMENTS STÄRKEN

Nicht nur die finanziellen, insbesondere auch die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Corona-Krise sollten nach Meinung der Freien Demokraten im Parlament beraten werden. Es ist mittlerweile Herbst geworden, und René Rock beobachtet schon seit Längerem mit Sorge, dass das Verständnis der Bevölkerung für einige Corona-Maßnahmen zunehmend schwindet. Vor dem zweiten Lockdown im November hatten ihn und seine Fraktion zahlreiche Schreiben aufgebrachter Bürgerinnen und Bürger erreicht, unter anderem zur Schließung der Musikschulen und Sportanlagen. Bereits im Sommer waren einige der jetzt erneut beschlossenen Maßnahmen, wie das Beherbergungsverbot, von Verwal-

tungsgerichten gekippt worden, weil diese „nicht nachvollziehbar begründet, zu unbestimmt oder unverhältnismäßig“ gewesen waren. „Nur wenn wir offen über die Maßnahmen diskutieren, argumentieren und abwägen, finden sie die erforderliche Akzeptanz. Darüber hinaus ist die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen entscheidend, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewährleisten“, begründete Rock einen gemeinsamen Gesetzentwurf von FDP und SPD, der in der Sitzungswoche im November in erster Lesung im Hessischen Landtag beraten wurde. Die Oppositionsfraktionen wollen damit die Rechte des Parlaments in der Corona-Krise stärken. „Einen Blankoscheck, mit dem die Landesregierung unbegrenzte Vollmachten zu Grundrechtseingriffen und für Wahlgeschenke erteilt bekommt, wird es mit uns nicht geben“, argumentierte Rock. Nur einen Tag zuvor hatten Sozialdemokratin Faeser und er Klage gegen das im Sommer verabschiedete Sondervermögen der Landesregierung beim Staatsgerichtshof eingereicht. Die beiden Fraktionsvorsitzenden zeigten sich zuversichtlich, dass das höchste hessische Gericht ihrer Argumentation – zumindest in Teilen – folgen würde.



© iStock.com/filmfoto

Kommunalwahl 2021

2016 war für die Freien Demokraten die erfolgreichste Kommunalwahl seit 44 Jahren. Die Corona-Pandemie markiert eine der größten Herausforderungen für unser Land. Sie fordert der Politik ab, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Der Leitspruch (Neudeutsch: „Claim“) der lokalen Rahmenkampagne des Landesverbandes heißt deshalb: „Was wirklich zählt“.

sächlichkeiten beschäftigt, sondern betont, dass die Freien Demokraten an den wichtigen Stellschrauben drehen wollen. Stirböck empfiehlt, um die zentralen Kampagnenmotive herum eine positive Story zu bauen, die in 30 Sekunden („Elevator Pitch“) jedem Wähler erklärt, wie die Freien Demokraten die jeweilige Kommune voranbringen (siehe Kasten). „Start with why“, meint der

Landesgeneral Moritz Promny ist überzeugt: „Wir haben die Chance, aus der Krise und den davor gemachten Fehlern zu lernen. Denn zum Status quo ante wollen wir nicht zurück.“ Wie ein Brennglas habe die Pandemie die Defizite schonungslos offengelegt: von der digitalen Bildungswüste bis zu überkommenen Arbeitsweisen in Behörden. Die Kampagne des Landesverbandes betone daher große Linien: „Was wirklich zählt“, habe sich durch die Pandemie geändert und werde durch steigende Arbeitslosenzahlen und Insolvenzen für das gesamte kommende Jahr anders sein als zuvor. „Was wirklich zählt“, sei „Politik, die nach vorne schaut, Politik, die Bildung priorisiert. Politik, die Unternehmen Vertrauen entgegenbringt und über den Tag hinausblickt“, so Promny. Der Kampagnenentwicklung vorausgegangen war eine von der AG Kommunalwahl konzipierte Umfrage, die an die Funktionsträger verschickt wurde. Dass sich über 50 Prozent daran beteiligten, bezeichnete Promny als „außergewöhnlich guten Wert“.

Für die AG Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes hat die Kampagne auch einen pädagogischen Effekt. „In der Kommunalpolitik neigen wir alle zu oft dazu, die Spiegelstriche unserer Arbeit in den Vordergrund zu stellen, nicht die Leitidee, die dahinter steckt“, so Präsidiumsmitglied Oliver Stirböck. Der Slogan „Parkbänke aufstellen – was wirklich zählt“ klinge aber erkennbar schräg. Der Claim motiviere also, sich mit den zentralen Herausforderungen vor Ort auseinanderzusetzen. Es sei eine Kampagne, die sich nicht mit Neben-

FÜNF-KOMPONENTEN-STORY: WARUM ES DIE FDP VOR ORT BRAUCHT

- Positive Zukunftsprognose
- Problembeschreibung
- Hauptthemen/Kampagnenthemen
- Abgrenzung von der Konkurrenz
- Zielimage

STORY-BEISPIEL OFFENBACH 2016

- Offenbach hat alle Chancen. Offenbach liegt im Kerngebiet einer der wirtschaftlich stärksten Regionen der Welt, mitten im Herzen Europas.
- Doch bei uns bleibt die Dynamik weit hinter dem Durchschnitt zurück.
- Trotzdem beschäftigte sich die Rathauskoalition aus SPD, Grünen und FW hauptsächlich mit sich selbst. Oder mit Nebensächlichkeiten: Frauenquote bei Straßennamen und weibliche Ampelmännchen. Nicht mit der Zukunft des Standortes.
- Uns geht es um eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung, die Situation der City als Einkaufszentrum. Und um eine Bildungsoffensive. Damit Offenbach im regionalen Wettbewerb vorankommt.
- So schaffen wir ein modernes, weltoffenes Offenbach.

Offenbacher in Anlehnung an den amerikanischen Unternehmensberater Simon Sinek, „nicht mit dem, was Du tun willst“.

„Die großen Haltungen konkretisieren wir durch lokale Forderungen“, erläutert Wiebke Knell aus dem FDP-Präsidium. Mit den Kollegen der AG hat sie an einem Slogan-Pool gefeilt, der den Gliederungen zur Verfügung

steht. Ihre Lieblingslogos daraus: „Start-ups beginnen in der Schule“, „Per App aufs Amt“, „Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren“, „Kommunale Kassen brauchen kluge Rechner“ und natürlich, da spricht die Sprecherin der Landtagsfraktion für den ländlichen Raum, „Dem Landleben mehr Leben geben“. Natürlich habe aber jede Gliederung auch die Möglichkeit, an eigenen Slogans zu basteln. Der Landesverband stellt dazu ein Baukastensystem zur Verfügung. Der verbindende „Look“ der Kampagne sei „modern und bold“, beschreibt sie den Auftritt der Freien Demokraten.

Erstmals steht den kommunalen Wahlkämpfern der Freien Demokraten auch eine App zur Verfügung. General Promy: „Mit der App FDP Hessen für unterwegs können alle Mitglieder und Interessenten unseren Wahlkampf digital begleiten. Informationen über politische Botschaften lassen sich ebenso schnell finden wie Hinweise zu aktuellen Veranstaltungen oder unseren Ansprechpartnern vor Ort.“

Gerade das Canvassing, das Von-Haustür-zu-Haustür-Gehen, wollen die Freien Demokraten stärker in den Vordergrund rücken. Der jetzige stellvertretende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Joachim Stamp, gilt als bestes Beispiel für erfolgreiches Canvassing. 2004 wählten ihn die Bürger in Röttgen/Ückesdorf mit 43,3 Prozent erstmals direkt in den Rat der Stadt Bonn. Sein Erfolgsrezept: Er besuchte nahezu alle Haushalte und stellte sich damit den Wählern vor. 2009 konnte er damit als Wahlkreiskandidat sogar 67,6 Prozent und 2014 64,9 Prozent erzielen. Wohlgemerkt: Die FDP erreichte bei dieser Kommunalwahl im Landesschnitt gerade einmal 4,75 Prozent. Persönlichkeit, richtig eingesetzt, wirkt. „Wichtig ist dabei, dass man sich nicht verquatscht“, erläutert Stamp. Er empfiehlt, maximal 1–2 Minuten an einer Haustür zu verbringen. Der ehemalige Kreisvorsitzende der FDP Hochtaunus, Jochen Kilp, hat für die Friedrich-Naumann-Stiftung umfassende Wahlkampf-vorschläge entwickelt. Dazu gehört auch, aus dem Einmal-Kontakt an der Haustür einen Mehrfach-Kontakt zu machen. Ein Follow-up könnte laut Kilp sein, die entsprechende Person zu einer Veranstaltung einzuladen und ihr kurz vor der Wahl einen Wahlaufdruck zuzusenden. In Corona-Zeiten ist selbstverständlich auf die Einhaltung der AHA-Vorschriften zu achten. Wahlkampfberater empfehlen auch die Benutzung von Einmalhandschuhen.

Die vom Landesvorstand eingesetzte Programmkommission mit Jürgen Lenders, Dr. Thorsten Lieb und dem Chef der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker (VLK) Hessen, Michael Schüßler, hat den Entwurf der Kommunal-

wahlthesen formuliert, der auch zentrale coronabedingte Themen für die Kommunalwahl enthält, so beispielsweise eine arbeitsfähige digitale Infrastruktur an Schulen mit Glasfaser und WLAN. Auch die Innenstädte wollen die Freien Demokraten retten. „Schnellstmöglich, unbürokratisch und kostenlos sollen die Kommunen den Gastromomen Außenflächen zur Sondernutzung bereitstellen.“ Leere Schaufenster könnten beispielsweise zur Zwischennutzung an Pop-up-Galerien vermietet werden. Mit der Formulierung „Einzelhandel und Gastronomie sollen durch Ereignisse wie Märkte, Feste, Kulturveranstaltungen begleitet werden“ will der hessische VLK-Chef Schüßler das Einkaufserlebnis wieder stärken. „Wir haben“, so der Erste Stadtrat der Stadt Rodgau, „uns im Programm auf das fokussiert, was wirklich zählt.“ Der scheidende Landesvorsitzende Dr. Stefan Ruppert sieht die Freien Demokraten denn auch gut gerüstet für die Kommunalwahl. Jetzt kommt es auf jedes einzelne Mitglied an. Oder wie Ruppert es bei seiner Abschiedsrede im Deutschen Bundestag formulierte: „Freiheit wird nicht von der Tribüne verteidigt.“



© FDP Landesverband Hessen



© Heike Steinweg

AHMAD MANSOUR

Ahmad Mansour ist deutsch-israelischer Diplom-Psychologe und Autor aus Berlin. Geboren 1976 in Kfar Saba, gründete er 2018 MIND prevention (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention), die Workshops zur Extremismusprävention durchführt. Mansour engagiert sich zudem beharrlich gegen Antisemitismus. Für seine Arbeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. Im Oktober 2020 erschien sein neues Buch „Solidarisch sein! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass“.

**Einstellungen
sind nicht
immer sichtbar**

In seiner Rede zur Freiheit hat Ahmad Mansour die „eindimensionale Debattenkultur in Deutschland“ kritisiert. Er erklärt den Begriff am Beispiel von Islamismus und Rechtsextremismus, indem er beklagt, dass häufig nur eines der beiden Phänomene als Gefahr für die Demokratie thematisiert werde. Mansour spricht von Blasen und Menschen, die nach Bestätigung ihres Weltbildes suchen. Wir fragen ihn, ob er dieses Problem auch bei der Debatte über die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sieht.

Ja. Obwohl mir meine Gesundheit und die meiner Mitmenschen sehr wichtig ist, würde ich trotzdem gerne Kritik an einzelnen Maßnahmen äußern, ohne dadurch gleich als Rechtsradikaler oder Verschwörungstheoretiker bezeichnet zu werden. Verschwörungstheoretiker sind überforderte Menschen, die nach einfachen Antworten suchen, die es nicht gibt. Wir müssen uns auf die Wissenschaft und auf unser mündiges Denken beziehen und akzeptieren, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, solange sie sich im demokratischen Diskurs bewegen.

Woran machen Sie fest, dass die Einstellung zur Demokratie ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Integration ist?

Einstellungen sind nicht immer sichtbar. Jemand, der die Sprache perfekt beherrscht, seine Steuern bezahlt, nicht kriminell ist und eine Wohnung hat, ist nicht per se integriert. Meiner Meinung nach sind Islamisten, die die Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung und die Trennung von Kirche und Staat ablehnen, nicht integriert. Nur diejenigen, die demokratisch eingestellt sind, die die Werte dieser Gesellschaft als Chance sehen und danach leben, sind Menschen, die emotional in der Gesellschaft angekommen sind.

Mit Blick auf Ihre eigene Biografie: Sie bekennen offen, dass Sie emotional auch erst in dieser Gesellschaft ankommen mussten. Wie ist Ihnen das gelungen?

Ich war anfangs gewissermaßen auch überfordert, weil ich keine Zugänge zur Mehrheitsgesellschaft gefunden und in einer Parallelgesellschaft gelebt habe. Irgendwann habe ich mir die Frage gestellt: Was mache ich eigentlich hier? Ich könnte ein viel einfacheres Leben in meinem Heimatland haben, anstatt hier mit einer Sehnsucht nach Dingen zu leben, die ich in Deutschland niemals vorfinden werde. Letztlich waren es Begegnungen mit Menschen und daraus resultierende Freundschaften, die mich haben ankommen lassen. Entscheidend dabei war der Moment, als ich meine Frau kennenlernte. Ich teilte die Welt fortan nicht mehr in eine deutsche und eine ausländische auf, sondern begann, mich hier wohlfühlen und mich mit den Werten dieser Gesellschaft zu identifizieren.

Inwieweit erschwert die Angst vor islamistischem Terror die Integration von Muslimen in Deutschland?

Zunächst einmal ist Angst menschlich. Es gibt viele Beispiele, in denen sich Ängste bestätigen. Durch Anschläge etwa. Das bedeutet aber nicht, dass jeder Moslem eine Gefahr für die Gesellschaft ist. Wir dürfen niemals verallgemeinern. Ich wünsche mir von der Mehrheitsgesellschaft, dass sie alle Bemühungen unternimmt, um Andersdenkende zu erreichen und für die Demokratie zu gewinnen. Wer ankommen will, kann in dieser Gesellschaft ankommen. Die Trennlinie sollte meiner Meinung nach nicht zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen verlaufen, sondern zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten.

Welche Erwartungen haben Sie bei der Bekämpfung islamistischer Strukturen an die Politik?

Islamismus ist ein globales Phänomen, das keine Grenzen kennt. Es kann nicht sein, dass in Österreich eine Razzia gegen die Muslimbrüder stattfindet und am gleichen Tag Vertreter der Muslimbrüder im deutschen Innenministerium hofiert und als Partner bezeichnet werden. Das ist nicht solidarisch. Es kann nicht sein, dass Frankreich für die Meinungsfreiheit kämpft und deutsche Politiker anfangs kein Wort darüber verlieren, dass sie ein hohes Gut in unserer Gesellschaft ist, auf das wir nicht verzichten werden. Ich erwarte eine bessere Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene, ein europäisches Konzept und das Verständnis darüber, wer unsere Partner auf muslimischer Seite sind und wer Teil des Problems ist.

Wie stehen Sie zu dem Satz eines früheren Bundespräsidenten „Der Islam gehört zu Deutschland“?

Ich finde die Aussage sehr naiv, sehr allgemein und lehne sie absolut ab. Muslime gehören natürlich zu Deutschland. Religionen gehören in säkularen Staaten aber nicht dazu. Als Beispiel nenne ich die Versuche, Islamunterricht an Schulen zu etablieren. Ich halte es für ein Unding, dass wir Kinder im Jahre 2020 nach Konfessionen aufteilen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass die Kinder gemeinsam über alle Religionen unterrichtet werden. Außerdem gibt es nicht den einen Islam, sondern nur Islamverständnisse. Ein demokratisches Islamverständnis passt in unsere Gesellschaft. Ein Islamverständnis aber, das Menschen entmündigt, Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit ablehnt, zu Gewalt aufruft und eine politische Dimension hat, gehört nicht zu Deutschland und Europa. Von einem Bundespräsidenten kann man erwarten, dass er die Sache differenzierter betrachtet.

Persönliches

Wahl ins Bundespräsidium

Mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen wurde die stellvertretende hessische Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger am 19. September auf dem unter strengen Pandemie-Bedingungen durchgeführten Bundesparteitag der Freien Demokraten ins Bundespräsidium gewählt. „Wir wollen Deutschland



mit freiheitlichen und fortschrittlichen Konzepten nach vorne bringen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik liegt mir nicht nur vor dem Hintergrund der Corona-Krise besonders am Herzen. Einen weiteren Schwerpunkt meiner Arbeit möchte ich auf die digitale Bildung legen, bei der es im Bund, aber auch in Hessen einen großen Nachholbedarf gibt. Auch das hat die Corona-Krise leider deutlich gezeigt.“ Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert gratulierte seiner früheren Generalsekretärin zur Wahl und freute sich, dass die hessischen Freidemokraten mit ihr und Nicola Beer „weiter stark und kompetent im Bundespräsidium vertreten“ sind. Fraktionsvorsitzender René Rock schloss sich den Glückwünschen an und stellte „ihr enormes Fachwissen als auch ihre stets ruhige und verbindliche Art“ heraus.

© FDP Landesverband Hessen

Wahl zum Ehrenvorsitzenden und 80. Geburtstag

Dass der Licher Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Otto Solms, der am 24. November seinen 80. Geburtstag feierte, das Amt des Bundesschatzmeisters nach insgesamt 26 Jahren zur Verfügung stellte, wäre Grund genug gewesen, ihn an dieser Stelle zu würdigen. Dass die Bundesparteitagsdelegierten ihn am gleichen Tag auf Vorschlag von Christian Lindner sogar zum Ehrenvorsitzenden der Freien Demokraten wählten, stellte ihn auf eine Stufe mit Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambs-



dorff. „Hermann Otto Solms hat sich um die Freien Demokraten in Deutschland große Verdienste erworben“, so Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert, der Solms als „langjährigen politischen Weggefährten“ bezeichnete, dessen Rat er sehr schätze. Ruppert weiter: „Dr. Hermann Otto Solms ist nicht nur ein überzeugter Liberaler, er ist auch ein ausgewiesener Steuer- und Finanzexperte. Damit hat er sich über Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus Anerkennung verschafft.“ Der Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag 2017 sei zu einem guten Teil sein Verdienst, weil er die Neuaufstellung der Partei mit klugen Entscheidungen begleitet habe.

© Hermann Otto Solms

80. Geburtstag

Die Ehrenvorsitzende der hessischen Freidemokraten und Staatsministerin a. D. Ruth Wagner wurde am 18. Oktober 80 Jahre alt. Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert bezeichnete die Jubilarin als „kluge Ratgeberin“ und bescheinigte ihr, die Geschichte der hessischen FDP über Jahrzehnte entscheidend mitgeprägt zu haben: „Mit ihrem kämpferischen, mitunter auch streitbaren, aber immer ohne persönliche Angriffe auskommenden Auftreten ist sie als Frau klarer Worte ein Vorbild für nachfolgende Parteigenerationen.“ Zudem stehe sie mit ihrer Biografie beispielhaft für das Aufstiegsversprechen durch Bildung. Ruppert betonte ferner ihre Begeisterung für Kultur und ihre Heimatstadt Darmstadt, die sich weit über die aktive Politikkarriere hinaus in der Ausübung zahlreicher kommunalpolitischer Ämter wie auch Ehrenämter ausgedrückt habe. Fraktionsvorsitzender René Rock hob die von ihr vorangetriebene Stärkung der Hochschulautonomie ebenso hervor wie ihre Leidenschaft für Bildung, Wissenschaft und Kultur.



© FDP Landesverband Hessen

Erfolge bei kommunalen Wahlen

Anfang November fanden in 37 hessischen Kommunen Bürgermeisterwahlen statt. Dabei handelte es sich um die ersten Urnengänge seit Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr. Die Freien Demokraten konnten gleich zwei erfreuliche Achtungserfolge erzielen. Während Kristina Fröhlich in Kronberg am Taunus mit starken 22,8 Prozent für



Aufsehen sorgte, landete Stefan Stehle im südhessischen Bensheim mit 15 Prozent noch vor dem Kandidaten der Grünen. Der Landesverband gratuliert beiden Kandidaten zu ihren hervorragenden Ergebnissen und sieht in ihnen ein ermutigendes Signal in Richtung Kommunalwahl 2021.



© Privat/Alisa Koch

Nachrufe

Mit Hans-Günter Oehlert verstarb am 5. November 2020 ein liberales Urgestein im Alter von 94 Jahren. Der Wiesbadener trat am 1. Juli 1946 in die Liberaldemokratische Partei (LPD) ein und hielt der später aus ihr hervorgegangenen FDP bis zu seinem Tod sagenhafte 74 Jahre lang die Treue. Ob als leitender Ministerialrat im Ministerium für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen, als Berater des Thüringischen Ministers für Wirtschaft und Technik beim Aufbau Ost oder als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker: Seine Fachkompetenz und Erfahrung waren auf unterschiedlichsten Ebenen der Politik gefragt. Im Jahr 2016 wurde Oehlert gemeinsam mit dem im vergangenen Jahr verstorbenen langjährigen Ersten Kreisbeigeordneten des Main-Taunus-Kreises, Wolfgang Knoll,

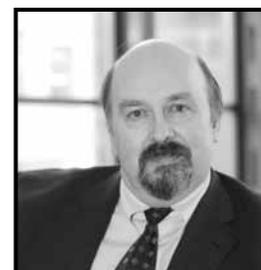
und dem 92-jährigen Frankfurter Christian Zeis anlässlich ihrer 70-jährigen Parteimitgliedschaft vom Landesvorsitzenden Dr. Stefan Ruppert zum Mittagessen eingeladen. Im Beisein des Ehrengastvorsitzenden der hessischen Freidemokraten, Dr. Wolfgang Gerhardt, saßen seinerzeit über 300 Jahre FDP-Mitgliedschaft am Tisch. Der Landesverband wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



© Matthias Knapp

Am 11. November verstarb Karl Zissel im Alter von 63 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit. Der Verstorbene war im Landesverband insbesondere als Delegierter ein bekanntes Gesicht. Obwohl er infolge eines vor zehn Jahren erlittenen Schlaganfalls im Rollstuhl saß, sah man ihn immer wieder auf Veranstaltungen. In der Landtagsfraktion war er viele Jahre als Regionalbeauftragter Mittelhessen tätig. Zissel war seit 40 Jahren Mitglied der Freien Demokraten und galt insbesondere im Kreisverband Marburg-Biedenkopf als tragende Säule, die sich über die Partei- und Kreisgrenzen hinaus Respekt verschaffte.

Dem Kreistag Marburg-Biedenkopf gehörte er insgesamt 18 Jahre lang an, davon acht in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden. In seiner Heimatstadt Wetter war er lange Jahre Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes sowie Mitglied im Gemeindeparlament. Der Landesverband wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



© FDP Marburg-Biedenkopf

Ohne Vergnügen keine Steuer*

* Mittelständische Automatenunternehmer zahlen jährlich über eine Milliarde Euro kommunaler Vergnügungssteuer. Ein wichtiger Posten im Haushalt vieler Gemeinden. Die Zwangsschließung staatlich konzessionierter Spielhallen reißt ein Loch in kommunale Kassen – und ist das beste Konjunkturpaket für illegale Glücksspielanbieter.

www.admiral-games.de